

Dr. Magnus Brunner, LL.M.
Bundesminister für Finanzen

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.300.196

Wien, 17. Juni 2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 18381/J vom 17. April 2024 der Abgeordneten Petra Steger, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1. und 2.:

Aus derzeitiger Sicht sollen die bestehenden, befristeten Instrumente nicht verlängert bzw. aufgestockt werden. Es liegt derzeit kein formeller Vorschlag der Europäischen Kommission vor.

Zu 3.:

Im Rahmen der Annual EU Budget Conference am 29. April 2024 in Brüssel, in der vor allem im Hinblick auf die EU-Finanzperiode nach 2027 diskutiert wurde, habe ich mich gegen Eurobonds, also gemeinschaftliche Anleihen, ausgesprochen. An der Veranstaltung nahmen zahlreiche Ministerinnen und Minister und auch Kommissar Hahn und EIB-Präsidentin Calviño teil. Die Veranstaltung kann über Webcast unter <https://webcast.ec.europa.eu/annual-eu-budget-conference-2024-04-29> nachgesehen werden.

Zu 4.:

Nein, es wurden keine Gutachten in Auftrag gegeben. Im EU-Sekundärrecht ist außerhalb des NGEU grundsätzlich keine gemeinsame Schuldenaufnahme vorgesehen. Für die Befassung mit Vorschlägen ist ein Gutachten nicht immer unabdingbar.

Zu 5.:

Mangels des Vorliegens eines formellen Vorschlags ist eine konkrete Einschätzung derzeit nicht möglich.

Der Bundesminister:
Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Elektronisch gefertigt

